

26. März 2007
ORF.at

"Nahezu nichts gestrichen"

Der österreichische Staat wird in den kommenden vier Jahren rund elf Mrd. Euro für Investitionen in Schiene und Straße ausgeben. Damit nimmt der Bund um rund 500 Mio. Euro mehr in die Hand als im Regierungsprogramm zwischen SPÖ und ÖVP eigentlich vereinbart.

Am Montag präsentierten Verkehrsminister Werner Faymann (SPÖ) und Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP) den Rahmenplan für die ÖBB sowie das langfristige Bauprogramm der Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft (ASFINAG).

40 Milliarden bis 2020

Eine Vorausschau bis 2020 weist Bauvorhaben von rund 40 Mrd. Euro in Schiene und Straße aus. Dabei soll langfristig in die Bahn doppelt so viel investiert werden wie in die Straße.

Molterer bezeichnete das Investitionsvorhaben als "das größte Infrastrukturpaket, das es je in einer Legislaturperiode gegeben hat".

Faymann: Nahezu nichts gestrichen

Laut Faymann sind 6,4 Mrd. Euro für die ÖBB und 4,6 Mrd. Euro für die ASFINAG vorgesehen.

Die Mittel für die Schiene machten um etwa 500 Mio. Euro mehr aus als bisher geplant. An Einzelprojekten nannte Faymann unter anderem den Ausbau des Unterinntals bei der Eisenbahn und die Errichtung von zweiten Tunnelröhren auf den hochrangigen Straßen.

Bei der Schiene sei in der neuen Prioritätenreihung "nahezu nichts" gestrichen bzw. nach hinten verlagert worden, sagte Faymann. ÖBB-Chef Martin Huber reagierte zufrieden. Er sieht ein klares Signal der Regierung zu Gunsten der Bahn - mehr dazu in oe1.ORF.at.

Einige Straßenprojekte müssen warten

In Sachen Straße gebe es allerdings einige Projekte unter anderem im Großraum Wien, die auf Grund noch nicht ausreichend gediehener Planungsvoraussetzungen umgereiht worden seien, sagte Faymann.

Die vierte Donauquerung in Wien, die geplanten Schnellstraßen durch das Marchfeld und das Mühlviertel, die Bodenseeschnellstraße, die Klagenfurter Schnellstraße und die S3 im Waldviertel kommen vorerst nicht, so Faymann - mehr dazu in oe1.ORF.at.

Fixe Zusagen waren bisher nur für den Koralmtunnel, für den Ausbau der neuen Bahntrasse im Unterinntal, für den Hauptbahnhof Wien und den neuen Autobahntunnel Lobau bekannt.

Hauptbahnhof und Lobautunnel

Für welche Projekte wie viel ausgegeben wird, war aber bis zuletzt umstritten: Wien beharrte zuletzt auf dem neuen Hauptbahnhof bis 2012 ebenso wie auf dem Bau des umstrittenen Autobahntunnels durch die Lobau.

Verschoben werden könnte die zweite Donauquerung, die Verbindung zwischen A22 (Donauuferautobahn) und A4 (Ostautobahn) soll erst nach 2015 in Angriff genommen werden. In Innsbruck hat Faymann zugesichert, dass auch der Ausbau der Unterinntaltrasse bis 2012 fertig werden soll. Allein die Gesamtkosten für Hauptbahnhof, Wiener Nordostumfahrung, Unterinntal und Koralm zusammen liegen bei rund 8,5 Mrd. Euro.

Wann kommt Semmering-Basistunnel?

Keine Zusagen, aber zumindest eine Präzisierung gab es von Faymann zuletzt zum Semmering: Auch wenn die Planung für dieses historische und in der Bedeutung unbestrittene Projekt nun bei null neu begonnen werden musste, sei die erste Bau tranche für 2012 eingestellt, sodass es theoretisch möglich sei, den Tunnel 2019/20, also unmittelbar nach der Koralmbahn, fertig zu haben.

Woher das Geld kommen soll

Zur Finanzierung der Ausbaupläne verwies Molterer am Montag auf drei Maßnahmen: Erstens sei die eigentumsrechtliche Übertragung der von der ASFINAG bewirtschafteten Straßen in das Eigentum der Gesellschaften geplant.

Mineralölsteuer fließt in Ausbau

Zweitens werde ein Teil der Mineralölsteuer (MöSt) für die Bauvorhaben des Autobahnbetreibers verwendet. Drittens rechne man bei der Bahn und der ASFINAG mit Effizienzsteigerungen in Höhe von rund zehn Prozent.

"Weitere Notwendigkeiten sehe ich für die laufende Legislaturperiode nicht", so der Finanzminister.

Pkw-Maut vorerst ausgeschlossen

Zwischen 2010 und 2020 gebe es allerdings noch "Herausforderungen, Mittel einzusparen", sagte Faymann.

Der Verkehrsminister bezeichnete den aktuellen Preis der Autobahnvignette als sehr niedrig, bekräftigte aber, dass es in der laufenden Legislaturperiode keine kilometerabhängige Maut für Pkws geben werde.

Beschluss noch diese Woche

Für Dienstag wurde unterdessen dem Vernehmen nach kurzfristig eine Aufsichtsratssitzung in der ÖBB Infrastruktur Bau AG angesetzt. Auch in der ASFINAG findet am Donnerstag eine Aufsichtsratssitzung statt. Am Mittwoch wird der neue Bauplan im Ministerrat beschlossen werden.

Generalverkehrsplan als Wunschliste

Bisher gültig war der noch von der früheren FPÖ-Verkehrsministerin Monika Forstinger erstellte Generalverkehrsplan.

Der Plan galt jedoch nicht nur als reine Wunschliste der Bundesländer, sondern auch als im geplanten Zeitraum bis 2021 unfinanzierbar.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.orf.at/070326-10580/index.html>